

Stromkosten

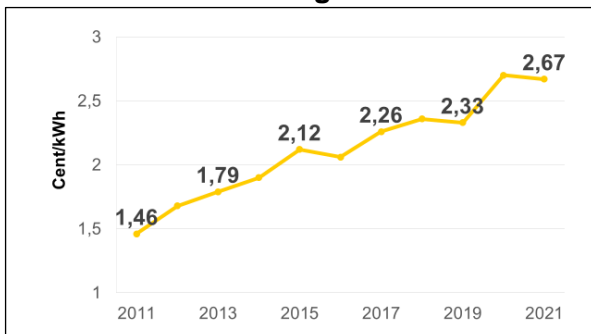
Netzentgelte reformieren: Alle Netznutzer an Kosten beteiligen, auch die Erzeuger

Um was geht es?

Stromnetzentgelte steigen massiv und belasten einseitig die Stromkunden

Private, gewerbliche und industrielle Stromkunden müssen über den Strompreis Abgaben für Kosten von Bau, Betrieb und Instandhaltung der Stromnetze zahlen. Diese sog. Netzentgelte bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung wie die EEG-Zahlungen, rund 24 Mrd. Euro. Netzentgelte sind der größte Bestandteil des Strompreises nach der EEG-Umlage.

Stromnetzentgelte belasten die Industrie: 83 Prozent Verteuerung binnen 10 Jahren



Quelle: Bundesnetzagentur (2021): Monitoringbericht 2021.

Laut Gesetzgeber dürfen Netzentgelte nur bei der Entnahme von Strom erhoben werden. Erzeuger von Strom, die auch „Netznutzer“ sind, müssen dagegen keine Netzentgelte zahlen.

Die Netzentgelte werden schrittweise bis 2023 vereinheitlicht. Derzeit legt der jeweilige Netzbetreiber die Höhe fest. In Hessen zahlten Industriekunden 2021 bundesweit die viert höchsten Netzentgelte mit durchschnittlich 3,04 Cent/kWh.

Durch den Ausbau erneuerbarer Energien kommt es häufiger zu Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern ausgeglichen werden müssen. In 2020 verursachte die Stabilisierung der Stromnetze Kosten in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Diese werden über die Netzentgelte bislang allein von den Stromkunden geschultert.

Was braucht die Wirtschaft?

Wettbewerbsfähige Stromnetzentgelte, verursachergerecht finanziert

Die Kosten für die Aufrechterhaltung der Stromversorgung sowie für den Ausbau der Stromnetze sollten von allen getragen werden, die ein Interesse an Stromversorgungssicherheit haben. Das sind sowohl Stromkunden als auch Stromproduzenten.

Was ist zu tun?

Netzentgelte fair verteilen: Einspeiser und Nachfrager tragen hälftig Kosten

- Bund soll Netzentgelte reformieren
Die Bundespolitik muss die Netzentgelte wieder auf die Tagesordnung nehmen und die in der vergangenen Legislaturperiode versäumte Reform der Netzentgelte angehen. Im Koalitionsvertrag 2021 haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine Reform der Stromnetzentgelte angekündigt, „die die Transparenz stärkt, die Transformation zur Klimaneutralität fördert und die Kosten der Integration der Erneuerbaren Energien fair verteilt.“ (S. 62ff).
- Neue Netzentgeltsystematik einführen
Einspeiser und Nachfrager sollten die Netzentgelte künftig hälftig tragen.
- Betreiber an Netzausbaukosten beteiligen
Auch Betreiber von Ökostromanlagen sollten die Kosten des Netzausbaus mittragen, damit diese bei Standortentscheidungen für neue Anlagen berücksichtigt werden.
- Stabilisierungskosten fair verteilen
Die Betreiber von Ökostromanlagen sollten mit in die Verantwortung für ein stabiles Stromnetz genommen werden. Sie sollten künftig entsprechend dem Verursacherprinzip die Kosten für die Stabilisierung der Stromnetze tragen.